

## DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE – WERTE, POLITIK UND WIRTSCHAFT

EUROPAREDE DES VORSITZENDEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AM 29. APRIL 2013 IN BUDAPEST

Der Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, besuchte vom 29. – 30. April die Hauptstadt Ungarns. An der deutschsprachigen Andrassy Universität Budapest hielt er einen Vortrag mit dem Titel „Die europäische Perspektive – Werte, Politik und Wirtschaft“. Unter den über 150 Zuhörern waren viele hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie viele Studenten. Ehrengast der Veranstaltung war Klára Antall, die Witwe von József Antall, dem ersten frei gewählten ungarischen Ministerpräsidenten nach 1989.

Eingeleitet wurde der Vortrag des Vorsitzenden der Stiftung durch die Begrüßung von Professor Dr. András Masát, dem Rektor der Andrassy Universität, und Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn. Spengler hob die lange Verbundenheit Hans-Gert Pötterings mit Ungarn hervor und erinnerte an dessen letzten Besuch in Ungarn vor zwei Jahren. Schon damals seien die Verteidigung des Euro und die soziale Verantwortung der Märkte das Thema gewesen. Hans-Gert Pöttering habe in vielerlei Hinsicht damit Weitblick bewiesen. Spengler berichtete auch, dass der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung während seines Besuches in Budapest für seine Verdienste für Ungarn das Großkreuz des Verdienstordens von Ministerpräsident Viktor Orbán überreicht bekommen und sich zu einem Gedankenaustausch mit Staatspräsident János Áder, Ministerpräsident Viktor Orbán, Parlamentspräsident László Kövér, dem Minister für Humanressourcen, Zoltán Balog, Außenminister János Martonyi sowie Dr. Péter Kardinal Erdő, dem Erzbischof von Esztergom-Budapest, treffen werde.

Es folgte ein Grußwort von Zoltán Balog, der neben seiner Funktion als Minister für Humanressourcen auch Vorsitzender der Stiftung Union für ein Bürger-

liches Ungarn (SZPMA), eines engen Partners der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn, ist.

Er betonte, dass viele der in Ungarn zurzeit debattierten Fragen sich auch auf europäischer Ebene stellen würden. Darum sei Ungarn an einer europaweiten Diskussion interessiert. Die Zukunftsfragen, vor denen Europa stünde, seien nicht nur wirtschaftlicher Natur. Vielmehr ginge es „um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kultur und der europäischen Werte.“ Fragen, die in diesem Zusammenhang zwangsläufig diskutiert werden müssten, beträfen die Rolle der Familie, die Lastenverteilung in der Gesellschaft und die Rolle des Staates. Laut Balog spielten diese Werte bei der Beantwortung dieser Fragen eine entscheidende Rolle. Wichtig sei es diesbezüglich zu bedenken, dass Werte auch ein Produkt der eigenen Geschichte seien.

Hans-Gert Pöttering bedankte sich zu Beginn seines Vortrags mit einigen Worten auf Ungarisch und betonte seine eigene Verbundenheit mit Ungarn. Er habe es sich 1979, als er erstmals in das Europa-

*Dr. Hans-Gert  
Pöttering während  
seiner Rede in  
Budapest*



*Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung (links)*

*Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen, Vorsitzender der Stiftung Union für ein Bürgerliches Ungarn (rechts)*



parlament gewählt wurde, nicht vorstellen können, dass ein Vierteljahrhundert später Ungarn Teil der Wertegemeinschaft der Europäischen Union sein würde. Diese Mitgliedschaft sei möglich geworden, weil die Menschen Osteuropas für ihre Freiheit aufgestanden seien.

Die Einheit Deutschlands sei letztlich nur dank der östlichen Nachbarn Realität geworden. Die Deutschen seien daher auch den Ungarn zu Dank verpflichtet. Er betonte auch, dass Brüssel nicht Moskau sei, denn schließlich habe in der Europäischen Union das Recht die Macht und nicht etwa die Macht das Recht.

Es sei, so Hans-Gert Pöttering zum Abschluss seines Vortrags, eine Lehre der Geschichte, dass der einzelne Mensch im Vordergrund stehen müsse, nicht dessen Klasse oder Rasse. Die Werte von Solidarität und Subsidiarität, die auf dem jüdisch-christlichen Fundament Europas beruhten, seien die Grundlage hierfür. Heimat, Vaterland und Europa seien kein Widerspruch, sondern würden sich ergänzen.

Im Anschluss an den Vortrag ging der Vorsitzende auf Fragen aus dem Publikum ein. So betonte Hans-Gert Pöttering, dass er sich durch die Reaktionen aus dem Publikum darin bestärkt sähe, für eine Versachlichung der Diskussion über Ungarn einzu-



*Das Publikum während der Rede von Dr. Hans-Gert Pöttering*



## ANDRÁSSY UNIVERSITÄT BUDAPEST

Die *Andrássy Universität Budapest (AUB)* ist die einzige vollständig deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraums. Die AUB ist ein akademisches Joint Venture für Ungarn und Europa, welches als eine gemeinsame deutschsprachige universitäre Brücke für den Donauraum dient. Sie bietet ein innovatives Profil für Internationalität am Wissenschaftsstandort Budapest. Im Vordergrund der Lehre an der AUB stehen Geschichte, Politik, Recht und Wirtschaft der Staaten in Ost-Mitteleuropa. Die AUB bietet Master- bzw. Aufbaustudiengänge und ein Ph.D.-Programm.



Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest



Copyright Andrassy Universität Budapest

Andrassy Universität Budapest

treten. Mit Blick auf den anstehenden EU-Beitritt Kroatiens betonte er die Notwendigkeit einer europäischen Perspektive für die Länder des Balkans, aber auch, dass ein Beitritt nur dann erfolgen dürfe, wenn die Kriterien erfüllt seien, so wie im Fall von Kroatien. Im Hinblick auf den Umgang mit undemokratischen Regimen wies er im Zusammenhang mit den Durchsuchungen in den Büros mehrerer Stiftungen, darunter der Konrad-Adenauer-Stiftung, auf den Umgang mit Nichtregierungsorganisationen in Russland hin. Er betonte, dass ähnliche Probleme auch in anderen Ländern der Region gegeben seien. Es sei unsere Verpflichtung als Bürger der Europäischen Union, für die Menschenrechte in Europa und überall in der Welt einzutreten. Darum gelte für den

Umgang mit undemokratischen Regimen die Maxime: „Dialog ja, aber auch Einsatz für die Menschenrechte.“

Im Anschluss an die Diskussion spielte das Oppitz-Sreichquartett, bevor der nachfolgende Empfang den Anwesenden die Möglichkeit bot, die Themen des Abends weiter zu erörtern.

Im Folgenden werden die Rede des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering, das Grußwort von Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen, und die Rede von Ministerpräsident Viktor Orbán anlässlich der Ehrung von Hans Gert Pöttering wiedergegeben.

*Dr. Hans-Gert Pöttering trägt sich in das Goldene Buch der Andrassy Universität ein.*



**REDE VON  
DR. HANS-GERT PÖTTERING MDEP  
PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS A.D.  
VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG**

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

es ist schön, bei Ihnen zu sein, in diesem wunderbaren Saal. Ihnen, Herr Professor Masát, möchte ich herzlich für die Arbeit gratulieren, die Sie hier machen. Sie leisten einen hervorragenden Beitrag für die ungarisch-deutschen Beziehungen, für die Verständigung und damit auch für die Einigung Europas. Ich möchte Sie ermutigen, so weiterzumachen!

Verehrter Herr Minister, lieber Zoltán Balog, herzlichen Dank für Deine Worte! Allem, was Du gesagt hast, kann ich mich anschließen.

Ich möchte ein herzliches Wort des Dankes an Frank Spengler sagen, den Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung hier in Ungarn, für die Arbeit, die er mit seinem Team für unsere Stiftung vor Ort leistet.

Gleiches gilt für unseren sogenannten „Außenminister“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Gerhard Wahlers, den stellvertretenden Generalsekretär unserer Stiftung und Leiter unserer Hauptabteilung für Europäische und Internationale Zusammenarbeit.

Zoltán Balog hat gesagt, wir müssten uns erinnern, wo Ungarn vor zehn, zwanzig Jahren stand!

Zunächst möchte ich Ihnen von einer Erinnerung berichten, aus der Zeit, als ich elf Jahre alt war. Es war das Jahr 1956, als die Truppen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes in Ungarn einmarschierten bzw. die, die schon hier waren, Gewalt verübten, und

als die Ungarn für die Freiheit auf die Straße gegangen sind. Die Menschen und ihr Protest wurden durch die Truppen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes im wahrsten Sinne des Wortes zusammengeschossen.

Zu dieser Zeit besuchte ich das Gymnasium Carolinum in Osnabrück. Damals war dort ein Jahrmarkt, eine Kirmes. Unser Klassenlehrer erzählte uns, dass in Ungarn die Menschen für ihre Freiheit kämpften – und er sagte uns: „Jungs“ – wir waren eine reine Jungenschule – „Jungs, geht mal heute und in diesen Tagen nicht zum Jahrmarkt, nicht zu dieser Kirmes in Osnabrück, sondern geht nach Hause und denkt an die Menschen in Ungarn.“

Ich bin damals die 37 km zu meinem Geburtsort Bersenbrück mit dem Zug nach Hause gefahren. Seitdem, seit dem Jahr 1956, hat das ungarische Volk, hat die ungarische Nation einen ganz hohen Stellenwert in meinem Bewusstsein. Seitdem bewundere ich die Menschen in Ungarn.

Erlauben Sie mir, an das Jahr 1979 zu erinnern. Damals wurde das Europäische Parlament zum ersten Mal direkt gewählt. Ich habe das große Privileg – mittlerweile als einziger –, dem Europäischen Parlament seit dieser Zeit ununterbrochen anzugehören. Vor drei Wochen habe ich jedoch angekündigt: 35 Jahre sind genug. Ich werde für die nächste Wahlperiode nicht erneut kandidieren. In der Politik ist es besser, wenn es noch einige gibt, denen man, wenn sie gehen, sagt: Schade, dass er geht. Das ist besser, als wenn gefragt wird: Müssen es noch Mal fünf Jahre sein?

Wenn mir jemand 1979 gesagt hätte, am 1. Mai 2004 wird Ungarn Mitglied der Wertegemeinschaft der Europäischen Union, dann wäre meine Antwort gewesen: Das ist eine Vision! Das ist ein Traum! Diese Vision, dieser Traum ist in Erfüllung gegangen. Vergessen wir dabei nicht den großen Beitrag von József Antall, nach dem ein Gebäude im Europäischen Parlament in Brüssel





*Der Vorsitzende mit Dr. Erhard von der Bank (links), ehemaliger Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

benannt ist. Man muss sich daran erinnern, dass Ungarn, wie auch Polen, sogar drei Nationen, die von der Sowjetunion okkupiert waren – Estland, Lettland und Litauen – heute Mitglieder der Europäischen Union sind.

Warum wurde dies möglich? Weil die Menschen in Ungarn und in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas an die Freiheit geglaubt haben, und weil wir, im Westen Europas, ihnen den Weg bereitet hatten.

Es war die Idee von Robert Schuman, der gemeinsam mit Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer den Grundstein für die heutige europäische Wertegemeinschaft legte. Unsere gemeinsamen, europäischen Werte, das sind die Würde des Menschen, die Menschenrechte, die Freiheit, die Demokratie, die Rechtsordnung, der Frieden und die Solidarität, die uns verbindet. Die drei Männer Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer wussten: Wir brauchen ein starkes, einiges Europa, damit wir uns gegenüber dem totalitären Kommunismus durchsetzen können.

Das westliche Europa – zuerst die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, dann die Europäische Gemeinschaft – übte eine große Anziehung auf die Staaten in der Mitte und im Osten Europas aus. Die Europäische Union ist einen weiten Weg gegangen. 1981 kam Griechenland dazu, 1986 kamen, nachdem die Diktaturen überwunden worden waren, Portugal und Spanien und 1995 Schweden, Finnland und Österreich hinzu. Dann, am 1. Mai 2004, kamen Ungarn und die anderen Länder Mittel- und Osteuropas hinzu.

Ich vergesse nie, wie wir im Europäischen Parlament 2003, ein Jahr vor dem Beitritt Ungarns zur Europäischen Union, Beobachter aus den Beitrittsländern begrüßt haben. Darunter war ein junger Abgeordneter aus Ungarn, der für alle Beobachter – die dann ein Jahr später überwiegend Abgeordnete wurden – sprach: József Szájer. Er überreichte mir ein Stück Stacheldraht, umhüllt mit der ungarischen Flagge.

Dieser Stacheldraht, der Ungarn vom westlichen Teil Europas trennte, hat seinen Platz auf meinem Schreibtisch. All das im Europäischen Parlament erleben zu dürfen, war für mich eine der ganz großen Stunden.

Die Einheit meines eigenen Vaterlandes, der Bundesrepublik Deutschland, war nur möglich, weil es Persönlichkeiten wie Papst Johannes Paul II. gab, der seinen polnischen Landsleuten zugerufen hat: „Habt keine Angst! Verändert die Welt! Verändert diese Welt!“ Und weil es Solidarność mit Lech Wałęsa gab, dessen Sohn heute Abgeordneter im Europäischen Parlament ist.

Aber insbesondere die Ereignisse hier in Ungarn, in Sopron, am 19. August 1989, als mutige junge Menschen für kurze Zeit die Grenze öffneten. Angela Merkel hat dazu 2009, zwanzig Jahre nach der Öffnung, gesagt, „die kurze Öffnung des Grenztors besiegelte im Grunde eine Unumkehrbarkeit. Dieses Grenztor konnte nie wieder geschlossen werden. Es hat nur noch wenige Monate gedauert, bis die gesamte Mauer des Kalten Krieges in sich zusammenbrach.“

An einem anderem Ort, in Fertőrákos, hat sie gesagt: „Sie, die Ungarn haben den Freiheitswillen der Deutschen Flügel verliehen. Ihr Mut war ein entscheidender Schlag auf den Meißel, der die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht hat.“ Und Helmut Kohl hat am 16. Dezember 1989 gesagt: „Ungarn hat damals den ersten Stein aus der Mauer geschlagen.“

Ich hoffe, dass Deutschland niemals vergisst, dass es seine Einheit und seine Freiheit den Ungarn, den Polen und den anderen Menschen in der Mitte Europas verdankt. Deswegen sind wir Deutsche dazu verpflichtet, an der Einheit Europas und an dem Respekt füreinander, der Partnerschaft füreinander und der Freundschaft miteinander für alle Zukunft zu arbeiten.

Wir stehen in Europa vor einer Reihe von Fragen. Bei deren Beantwortung sollten wir uns so verhalten,



wie man sich in einer Familie verhält: Wenn es dort mal nicht so läuft, wie man sich das wünscht, dann schließt man niemanden aus, sondern man spricht miteinander. Ich sage dies normalerweise in einem anderen Zusammenhang, nämlich im Zusammenhang mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemen im Süden Europas, mit Griechenland, Spanien und Portugal. Auch sie darf niemand ausschließen.

Jetzt haben wir die Debatte mit Ungarn. Ich habe es sehr begrüßt, das Viktor Orbán im April 2013 in die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) gekommen ist, um seine Position zu erklären und um die Position vieler unserer Kolleginnen und Kollegen zu hören.

Entscheidend ist, mit welcher Einstellung man in eine solche Diskussion geht. Ich gehe in eine solche Diskussion mit der Einstellung, dass wir eine Familie sind und dass wir in dieser Familie zusammenbleiben wollen, weil wir gemeinsame Werte haben. Ich sehe manchmal mit Sorge, dass gleich zur größten Keule gegriffen wird, wenn jemand mit etwas nicht einverstanden ist.

Als Fraktionsvorsitzender habe ich in den Jahren 2000 und 2001 diese Situation durchgemacht und erlitten, als in Wien eine Regierung zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) in der Verantwortung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel gebildet wurde. Wir hatten Vertrauen in diese Regierung.

Aber als wir, die EVP-Fraktion, im Rahmen einer in Paris geplanten Fraktionssitzung vom damaligen französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac – der zu unserer Parteilfamilie gehört – im Élysée-Palast empfangen werden sollten, da schrieb dieser im Vorfeld: Ich heiße Euch willkommen zu einem Empfang im Élysée – aber ohne die österreichischen Abgeordneten. Also die Abgeordnete der ÖVP, die Parteilfreunde von Wolfgang Schüssel, nicht der FPÖ. Als mich diese Nachricht er-

reichte, habe ich gesagt: „Dann geht keiner!“ Am 30. Mai 2000 habe ich mich mit Jacques Chirac in einem einstündigen Gespräch austauschen können und wir haben unsere Meinungsverschiedenheiten geklärt.

Aufgrund dieser Erfahrung sage ich, dass unsere Freunde in der Regierung hier in Budapest nicht isoliert werden dürfen. Stattdessen müssen wir miteinander reden, uns gegenseitig zuhören, uns respektvoll behandeln und zu gemeinsamen Lösungen kommen, die auch das europäische Recht achten.

Wenn es Fragen gibt – der Kommissionspräsident hat im April 2013 einen Brief an die ungarische Regierung geschrieben –, dann muss man auf diese Fragen Antworten geben. Es ist die Verpflichtung der Europäischen Kommission, als Hüterin der Verträge zu prüfen, ob das, was in den Nationalstaaten geschieht, mit europäischem Recht vereinbar ist.

Dabei gilt: Brüssel ist nicht Moskau! Das historisch Neue an Europa ist, dass heute in der Europäischen Union das Recht die Macht hat und nicht die Macht das Recht, so wie es in Zeiten der Sowjetunion der Fall war.

Ich bin zuversichtlich, dass wir zu Ergebnissen kommen, die uns alle zufrieden stellen werden. Ich habe keinen Zweifel an der europäischen Orientierung Ungarns, seiner Regierung und auch unserer politischen Freunde.

Wenn zu Recht über Verfassungsänderungen gesprochen wird, dann sollten die Kritiker, die Fragen stellen, auch einmal in den Verfassungstext hineinschauen! Es gibt nur wenige nationale Verfassungen in der Europäischen Union, die sich so zur Einheit unseres Kontinents bekennen, wie das bei der Verfassung Ungarns der Fall ist.

Eine der Schwierigkeiten besteht darin, dass wir so unterschiedliche Mentalitäten haben. Wir, die Deut-





schen – mit unserer furchtbaren Erfahrung aus den Jahren 1933 bis 1945, diese furchtbare totalitäre Diktatur des Nationalsozialismus –, wir haben hoffentlich für alle Zeiten aus der Geschichte gelernt. Ich glaube, wenn Deutschland auf etwas stolz sein kann, dann darauf, dass wir es geschafft haben, den totalitären Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Ich sehe manchmal mit Sorge, dass die Aufarbeitung des totalitären Kommunismus in Russland nicht so erfolgt, wie es eigentlich notwendig wäre. Wenn ich die Diskussionen über Diktatoren wie Hitler, Stalin oder auch Mao vergleiche und höre, dass Stalin in Russland manchmal noch in positivem Zusammenhang erwähnt wird, dann weiß ich: Das ist mit Hitler in Deutschland nicht mehr möglich. Das zählt zu den Errungenschaften der jüngeren deutschen Geschichte.

Zoltán Balog hat gesagt, ich sei mutig gewesen, Papst Benedikt XVI. 2008, zum damaligen Jahr des Dialogs der Kulturen einzuladen. Ich weiß nicht ob es wirklich mutig war: Er ist leider nicht gekommen.

Wir haben damals – neben einem moslemischen und einem jüdischen Vertreter – als Repräsentanten des Christentums den von mir hochgeschätzten Patriarchen Bartholomäus eingeladen. Es hat damals eine Kollegin im Europäischen Parlament gegeben, die E-Mails verschickt hat, mit der Aufforderung, man solle nicht ins Plenum gehen, wenn Patriarch Bartholomäus kommt, weil man Religion und Politik streng trennen müsse.

Diese von mir in anderen Zusammenhängen durchaus geschätzte Kollegin hat mit ihren E-Mails überhaupt nichts erreicht: Die Abgeordneten sind ihr klugerweise nicht gefolgt. Sie haben an der Sitzung mit Bartholomäus teilgenommen und damit auch die Religionsfreiheit verteidigt.

Ich empfehle meiner eigenen Kirche, der katholischen Kirche, nicht immer nur zu sagen, was in der Euro-

päischen Union angeblich falsch läuft. Es läuft manches auch in der katholischen Kirche falsch, weil die Menschen so sind, wie sie sind. Man muss genau hinschauen, wer in der Europäischen Union handelt.

Wenn in meinem Land etwas nicht läuft, muss man auch hinschauen, wer wie handelt. Es gibt in Deutschland die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und unterschiedliche Parteien. Die verhalten sich alle unterschiedlich.

Wir Christen könnten manches Mal auch etwas dadurch ermutigt werden, dass die Vertreter der Kirchen unseren Einsatz, auch wenn er nicht immer erfolgreich ist, anerkennen.

Papst Johannes Paul II. hat dies getan: Vier Monate vor seinem Tod hatte ich, als EVP-Fraktionsvorsitzender, noch einmal die große Ehre, diesen großen Papst besuchen zu können. Das war am 30. November 2004. Er hat mir durch die Hand seines Sekretärs, Stanisław Dziwisz, der heute Erzbischof von Krakau ist, ein wunderbares Dokument überreicht. Der Papst dankt darin für unseren Einsatz für die Kirche und den christlichen Glauben. Selbst wenn es nicht immer erfolgreich gewesen sein sollte, sei es doch ein Zeichen.

Warum sage ich das? Ich sage es, weil wir uns ermutigen und nicht voneinander abgrenzen sollten. Wir müssen Respekt füreinander haben, auch wenn es unterschiedliche Meinungen gibt. Es gehört zur Freundschaft dazu, dass man sich austauscht und sagt: Dieses oder jenes ist nicht in Ordnung. Alle Staaten der Europäischen Union und alle Menschen in diesen Staaten sind Sünder, manche mehr, manche weniger.

Damit leite ich über zu Fragen der Wirtschaft und der Finanzen.

2003 waren es Frankreich und Deutschland, die die Maastricht-Kriterien, die Defizitkriterien, gebrochen



haben. Diese größeren Länder haben es damals verhindert, dass es von der Kommission einen blauen Brief gab. Ich sage: Es darf keine doppelten Standards geben. Ob kleine Länder oder große Länder: Die kleineren Länder haben die gleiche Würde wie die größeren Länder und sie müssen genauso behandelt werden. Alle – die großen und die kleinen Länder – müssen das Recht der Europäischen Union einhalten.

Deswegen müssen wir jetzt – das betrifft Deutschland und seine Beziehungen zu Griechenland, Portugal und Spanien – unsere Beziehungen zu diesen Ländern mit Respekt gestalten. Denn man mutet den Menschen in diesen Ländern heute wegen des Abbaus der hohen Schulden sehr viel zu.

Man muss auch in sein eigenes Land kritisch schauen. Zoltán Balog hat es gesagt: Ungarn und der Rest der Welt. Ja, wir neigen als Nationen und Menschen dazu, dass, was wir in unseren Ländern haben, als Maßstab für die Welt zu halten.

In Deutschland hat es in der Kaiserzeit von Wilhelm II. geheißt: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“ Wir neigen dazu, die Mentalität unseres eigenen Landes für das einzig Richtige zu halten. Doch das ist nicht der richtige Weg. Wenn ein Landesminister in Deutschland sagt, man müsse an den Griechen ein Exempel statuieren, dann ist das eine widerwärtige Sprache. Dann muss man sich nicht wundern, wenn die deutsche Bundeskanzlerin mit Symbolen der Nazizeit in griechischen Zeitungen abgebildet wird.

Also: Seien wir respektvoll zueinander! Die Probleme müssen gelöst werden. Das bedeutet, dass wir eine kluge Balance finden müssen. Es ist in der Politik und in der Wirtschaft oft so: Es gibt nicht nur Gut und Böse, zwischen denen man sich entscheidet, sondern die Dinge sind nah beieinander. Wir müssen eine kluge Balance finden, einerseits die Defizite abzubauen, andererseits aber auch die Möglichkeit für Wirtschafts-

wachstum zu schaffen, damit vor allem die Menschen wieder Arbeit finden – vor allem die jungen Menschen. Es ist ein Alarmsignal, wenn über fünfzig Prozent der jungen Menschen in Griechenland, Spanien und Portugal keinen Arbeitsplatz haben, obwohl sie zu einem großen Teil gut qualifizierte junge Menschen sind. Um sie müssen wir uns bemühen.

Dazu zählt die Solidarität. Wir sind eine Familie, wir gehören zusammen. In einer Familie ist Solidarität eine Notwendigkeit. Aber: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Das heißt: diejenigen, die Probleme haben, müssen ihren Beitrag leisten, sie zu lösen; und diejenigen, die besser dastehen, müssen ihren Beitrag leisten, damit die Partner die Schwierigkeiten überwinden.

Ich sage anerkennend: Wenn Ungarn 2012 ein Haushaltsdefizit von 1,9 Prozent hatte, dann ist das ein großartiger Wert. Ein Wert, der von wenigen Ländern des Euro-Raumes erreicht wird. Ich finde, dass Ungarn mit seiner Regierung den richtigen Weg geht.

Die Notenbank in Ungarn hat den Banken 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, und die Banken stellen den mittelständischen und kleinen Unternehmen das Geld zu einem geringen Prozentsatz von zwei Prozent zur Verfügung, um damit die Wirtschaft zu fördern. Zinsgünstige Kredite sind das beste Mittel, die Initiative der Menschen zu fördern, nicht Subventionen. Wenn man den Menschen Geld gibt, Millionen, die sie nicht zurückzahlen müssen, dann werden diese unverantwortlich aufgebraucht. Wenn man aber das Geld zurückzahlen muss, dann wird man es in der Regel vernünftig anlegen. Zinsgünstige Darlehen sind ein sehr gutes Mittel.

Das ist auch das Bild unserer Wirtschaftsordnung. Wir sind weder Anhänger einer zentral gelenkten Wirtschaft, noch sind wir Anhänger einer Wirtschaft des totalen Liberalismus. Sondern: Der Vertrag von Lissabon spricht von der wettbewerbsfähigen Sozialen





Marktwirtschaft als Grundlage der Wirtschaftsordnung in der Europäischen Union. Das heißt: Wir glauben an den Markt. Aber der Markt ist kein Zweck an sich, sondern der Markt muss den Menschen dienen. Er hat eine soziale Funktion. Deswegen brauchen wir auch Regeln – und da sind wir in der Europäischen Union auf einem guten Wege.

1979 hatte das Europäische Parlament keinerlei gesetzgeberische Zuständigkeiten. Ich bin von gutwilligen Parteifreunden oft gefragt worden: Warum kandidierst Du für das Europäische Parlament, wenn Du da nichts zu sagen hast? Meine Antwort war immer: Wir werden uns die Kompetenzen erkämpfen. Heute, mit dem Vertrag von Lissabon, ist das Europäische Parlament zusammen mit dem Ministerrat in über neunzig Prozent der europäischen Gesetzgebung gleichberechtigter Gesetzgeber.

Es fehlen noch einige Bereiche, wie die Fragen der Steuern, der Eigenmittel der Europäischen Union und einige wenige andere Bereiche. Aber der Weg der Europäischen Union hin zum Parlamentarismus – und Parlamentarismus bedeutet Demokratie – war außerordentlich erfolgreich.

Am 23. April 2009 habe ich als Präsident des Europäischen Parlaments, zusammen mit dem heutigen tschechischen Ministerpräsidenten Petr Nečas, damals stellvertretender Ministerpräsident – die Tschechen hatten damals die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne –, das europäische Klimaschutzgesetz unterzeichnet. Wir sollten in unseren Bemühungen nicht nachlassen, dass wir zu einer wirklichen Reduzierung von CO<sub>2</sub> kommen. Denn wenn die Erde sich immer mehr erwärmt, werden die Konsequenzen furchtbar sein. Europa sollte beim Klimaschutz weiterhin die Führung in der Welt übernehmen.

Die Wirtschaft ist wichtig, aber wichtig ist auch, dass wir das, was ich die Seele der Europäischen Union

nenne, weiter fördern: den kulturellen Austausch. Ich habe vom Rektor der Andrassy Universität Budapest mit großer Freude gehört, dass immer mehr Erasmus-Studenten hier studieren.

Als die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2005 die Finanzplanung für die Jahre 2007 bis 2013 beschlossen, wurden die Mittel für das Studentenaustausch-Programm Erasmus und andere Jugendprogramme um drei Milliarden Euro gekürzt. Kurz vor Weihnachten 2005 hatten wir in der Hofburg in Wien ein Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit dem damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, meinem Vorgänger in diesem Amt, dem Spanier Josep Borrell, und Bundeskanzler Wolfgang Schäussel, der am 1. Januar 2006 Präsident des Europäischen Rates wurde. Als Vorsitzender der stärksten Fraktion bekam ich nach der Begrüßung als Erster das Wort. Wolfgang Schäussel ist nicht nur ein politischer Freund, sondern auch ein persönlicher Freund von mir. Aber das zählte damals nicht. Ich habe ihm gesagt: Wenn Sie diese Mittel nicht wieder aufstocken, dann wird unsere Fraktion Nein sagen. Der damalige Vorsitzende der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), der heutige Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, hat das Gleiche gesagt, und auch die Liberalen und die Grünen haben das gesagt. Wir haben erreicht, dass die drei Milliarden Euro wieder aufgestockt wurden.

Heute, in der Periode 2007 bis 2013 haben die Jugendprogramme einen Umfang von 8,8 Milliarden Euro. Wir haben die ganzen Jahre dafür gekämpft, dass für die Finanzplanung für die Jahre 2014-2020 diese Mittel nicht nur nicht reduziert, sondern weiter ausgebaut werden. Jetzt ist ein Betrag von dreizehn Milliarden Euro vorgesehen. Das ist eine Steigerung von 47 Prozent.

Das Europäische Parlament hat dieser Finanzplanung insgesamt noch nicht zugestimmt. Wir wollen als Eu-



europäisches Parlament nicht mehr Geld. Wir wollen das System flexibler gestalten. Wir wollen nicht, wenn am Ende des Jahres Geld übrig bleibt, dass dieses Geld in die nationalen Haushalte zurückfließt, sondern für andere dringliche Maßnahmen der Europäischen Union verwendet werden kann. Es soll auch möglich sein, Mittel aus einem Titel wie der Agrarpolitik in den Bereich der Kulturpolitik zu überführen. Darüber sind wir jetzt in der Debatte mit den Regierungen und ich hoffe, dass wir am Ende erfolgreich sind. Wenn das beschlossen wird, dann erhält Ungarn zwanzig Milliarden für den Zeitraum 2014-2020 – und aus vielen anderen Töpfen, wie Erasmus, können zusätzliche Gelder fließen.

Wir dürfen unter dem Begriff Europa nicht nur Agrarpolitik oder Regionalpolitik verstehen, so wichtig das auch immer ist, sondern wir müssen vor allem etwas für die jungen Menschen tun. Sollten unter uns Erasmus-Studentinnen oder -Studenten sein, dann sage ich Ihnen: Ich freue mich, dass wir als Politikerinnen und Politiker einen Beitrag dazu leisten konnten, dass Sie hier, an der Andrassy Universität Budapest, studieren können. Das ist konkrete Politik.

Schauen wir einmal über die Europäische Union hinaus und fragen wir uns: Wie wollen wir mit unseren Nachbarn leben? Wir wollen natürlich in Frieden mit ihnen leben.

Eine große Herausforderung ist der Norden Afrikas, ist die arabische, islamische Welt. Wird es einen „clash of civilisations“ geben, wird der Terrorismus überhandnehmen oder werden wir zu Zusammenarbeit und Kooperation finden?

Die Antwort auf diese Frage hat etwas mit unserem Menschenbild zu tun. Schließen wir die Menschen aus und sagen: Das sind alle Terroristen! Oder sagen wir: Es gibt Terroristen, die mit aller Entschiedenheit, aller Entschlossenheit bekämpft werden, aber die große Mehrheit der Moslems sind friedliche Menschen. Ich

denke, diese Doppelstrategie müssen wir verfolgen. Dialog einerseits und Bekämpfung des Terrorismus andererseits.

Schauen wir nach Russland. Es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen dem europäischen Verfassungsvertrag – der 2005 wegen der Volksabstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich leider gescheitert ist – und dem Lissabon-Vertrag: Das ist die Solidarität in der Frage der Energieversorgung. Die Polen haben sie durchgesetzt. Ihre Befürchtung war, dass Russland die Energiezufuhr über die Ukraine stoppt. Deswegen brauchen wir eine Strategie gegenüber Russland, die das Ziel verfolgt: einerseits Partnerschaft mit Russland, andererseits keine Erpressung durch Russland. Deswegen ist es wichtig, dass wir alternative Pipelines bauen, die es uns ermöglichen, Gas und Öl nicht nur von Russland zu uns zu bringen, sondern auch aus anderen Regionen; damit wir niemals in eine Situation der Erpressung kommen.

Wir müssen uns für die Menschenrechte einsetzen, in Europa und überall in der Welt, wo sie verletzt werden. Es gibt noch eine Diktatur in Europa, in Weißrussland. 2004 hat Diktator Lukaschenko die European Humanities University in Minsk geschlossen, weil er den Freiheitswillen und die Freiheit, für die die Studentinnen und Studenten standen, nicht ertragen konnte. Im Juni 2005 ist die Universität nach Vilnius übergesiedelt und wird als vorläufige Exiluniversität geführt. Dort habe ich mit den Studentinnen und Studenten diskutiert.

Sie haben mir gesagt: „Vergesst uns nicht in der Europäischen Union. Wir wollen so leben wie ihr, in Freiheit. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben führen. Wir wollen in einer Rechtsordnung leben.“

Wir dürfen die Werte, die uns in der Europäischen Union miteinander verbinden, nicht nur für uns alleine



## STIPENDIEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Die Konrad-Adenauer-Stiftung vergibt seit 2011 sogenannte Sur-Place-Stipendien für ein Studium an der Andrassy Universität. Mittlerweile gibt es bereits fünf KAS-Stipendiaten an der Universität, drei aus Ungarn, eine Stipendiatin aus Kroatien und einen Stipendiaten aus Usbekistan.*



*KAS-Stipendiat  
Shoasil Shomansu-  
rov aus Usbekistan  
stellt seine Frage.*

beanspruchen, sondern wir müssen uns für alle Menschen einsetzen, in Europa und in der ganzen Welt, die noch nicht in Freiheit leben.

Wie soll es weitergehen mit der Europäischen Union im Hinblick auf neue Mitgliedsstaaten? Ich rate uns, dass wir nicht zu schnell vorgehen sollten. Die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 um Ungarn, Polen, Estland, Lettland, Litauen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Slowenien war ein großer Erfolg. Aber ich sage auch, dass die Mitgliedschaft von Bulgarien und Rumänien 2007 zu früh kam. Ich sage das nicht, um diese Länder oder ihre Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Sie gehören zu unserer Familie. Aber wir sehen, dass vieles in diesen beiden Ländern noch nicht in Ordnung ist. Deswegen brauchen wir heute noch Mechanismen, wie wir diese Länder fördern können.

Man muss aus diesen Erfahrungen lernen. Deswegen ist es meine Position, dass wir einerseits sagen, die Balkanländer müssen Mitglied der Europäischen Union werden, aber jedes Land muss für sich alleine, je nach Fortschritt, beurteilt werden. Wir sollten nicht zu schnell vorgehen, sondern genau hinschauen, ob die Kriterien nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit tatsächlich erfüllt werden.

Zur Frage der Türkei – hier mögen wir wahrscheinlich unterschiedlicher Meinung sein: Ich habe hohen Respekt vor der Türkei. Wir können die Bedeutung der Türkei gar nicht hoch genug einschätzen, in einem so unruhigen Umfeld mit dem Iran, mit den furchtbaren Ereignissen in Syrien und der Bedeutung des Kaukasus. Aber ich bin der Meinung, dass die Europäische Union politisch, kulturell, finanziell und geografisch überfordert wäre, die Türkei als Mitglied aufzunehmen.

Mein vorletzter Punkt ist die Europäische Union mit ihren Problemen und Herausforderungen. Um diese Herausforderungen einordnen zu können, ist es wichtig, dass wir den Blick einmal über die Europäische Union hinauswerfen.

Ein früherer Ministerpräsident Russlands hat mir einmal gesagt: Wir in Russland wären froh, wenn wir eure Probleme hätten. Mit dem Euro, das werdet ihr schon irgendwie hinkriegen, aber in Russland haben die Probleme eine ganz andere Dimension.

Schauen wir nach China, auf die gewaltigen Umweltverschmutzungen. In einer deutschen Zeitung war kürzlich ein Bild abgedruckt, fast schwarz, man sah nur die Konturen eines Paares, eines Mannes und einer Frau, die sich an den Händen hielten. Sehen konnten sie sich nicht. Eine Aufnahme aus Peking. Hinzu kommen in China die Gegensätze in der Kommunistischen Partei, die Rechtsverletzungen, die furchtbaren Todesurteile und die Oligarchen. Dies alles steht auf der einen Seite – auf der anderen stehen die armen Menschen. Das Ganze nennt sich dann marktwirtschaftlicher Kommunismus. Nicht anders verhält es sich mit dem Elend in vielen Staaten Afrikas.

Oder schauen wir uns die Vereinigten Staaten von Amerika an. Früher war es dort so, dass die Menschen sagten: The president is our president. Whether I voted for him or I haven't voted for him. Der Präsident ist unser Präsident, egal, ob ich für ihn gestimmt habe oder nicht. Heute ist die US-amerikanische Gesellschaft gespalten und es gibt eine große Gegnerschaft zwischen den politischen Parteien.

Blicken wir nun zurück auf die Europäische Union und vergegenwärtigen wir uns, was wir erreicht haben.



Es ist eine große Aufgabe, der jungen Generation in Europa zu vermitteln, welch weiten Weg wir bislang gegangen sind.

Der totalitäre Nationalsozialismus, der totalitäre Kommunismus, beide Systeme sind gescheitert. Beide Systeme haben den Menschen nicht geschätzt, sondern haben ihre jeweilige Ideologie höher gewertet, als den einzelnen Menschen. Inzwischen hat sich – und darauf können wir Christen stolz sein, das ist unser Vermächtnis – unser christliches Menschenbild durchgesetzt: Der Mensch ist Person, und das bedeutet Verantwortung für sich selber und Verantwortung für die Gemeinschaft. Darin enthalten sind die Pluralität, die Solidarität und die Subsidiarität. Darüber sollten wir öfter sprechen.

Das Wichtigste ist, dass wir jungen Menschen diese historische Erfahrung vermitteln. Ich freue mich, dass Frau Dr. Mária Schmidt hier ist, die Generaldirektorin des Museums Haus des Terrors, die maßgeblich mitwirkt im wissenschaftlichen Beirat zum Haus der europäischen Geschichte, das wir jetzt in Brüssel bauen. In diesem Haus soll die Geschichte des 20. Jahrhunderts im Mittelpunkt stehen, mit seinen Kriegen und den totalitären Systemen, mit dem Holocaust und all den Verbrechen und Tragödien – und es soll die europäische Antwort der Versöhnung, der Verständigung und der Einheit und Vereinigung unseres Kontinents zeigen.

Dieses Haus bauen wir jetzt: Ich habe das am 13. Februar 2007, in meiner Programmrede als Präsident, vorgeschlagen. Es war mit das schwierigste, was ich in meinem politischen Leben durchgesetzt habe. Doch als ich die Maschinen und Bauarbeiter sah, die hinter dem Parlamentsgebäude in Brüssel ihre Arbeit aufnahmen, habe ich gesagt: Jetzt wird es etwas! Jetzt wird das Haus der europäischen Geschichte Wirklichkeit!

Wir wollen hoffen, dass es 2014 fertig sein wird, 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs. Dann wird

es noch mal ein gutes Jahr dauern, bis die innere Gestaltung vollendet ist.

Nur wenn man weiß, wo man herkommt, weiß man, wo man heute ist, und hat man den Mut und die Kraft, den Weg in die Zukunft zu gehen.

Welches Europa wollen wir? Wollen wir die Vereinigten Staaten von Europa? Wollen wir die Europäische Union? Wie wollen wir das bezeichnen?

Ich habe viele Jahre mit großem Engagement die Vereinigten Staaten von Europa vertreten. Aber ich musste auch erkennen, dass dieser Begriff bei den Franzosen, bei den Briten und bei anderen, keine Akzeptanz findet, so dass man sich schließlich auf den Begriff Europäische Union geeinigt hat.

Aber noch wichtiger als die Begrifflichkeit – obwohl auch sie wichtig ist –, ist der Inhalt. Wir müssen uns fragen: Wie soll die zukünftige Gestalt der Europäischen Union aussehen?

Meine Antwort ist, wir brauchen starke europäische Institutionen, ein starkes, handlungsfähiges Europäisches Parlament, das sich die Gesetzgebung mit den Regierungen teilt.

Wir brauchen eine Europäische Kommission, die sich mehr und mehr zu einer europäischen Regierung entwickelt. Ich sehe mit Sorge, dass die Europäische Kommission neben dem Europäischen Rat, in den letzten Jahren ganz offensichtlich an Einfluss verloren hat. Die Richtung sollte aber dorthin gehen, dass wir die Europäische Kommission, die ihre Legitimität von der Wahl des Europäischen Parlaments ableitet, stärken. Auch der Kommissionspräsident wird durch das Europäische Parlament gewählt und die gesamte Kommission bedarf des Vertrauensvotums des Europäischen Parlaments.





Aber nicht nur die europäischen Institutionen sind wichtig. Auch unsere Nationen, unsere Länder, Ungarn, Deutschland, Frankreich, alle Nationen in der Europäischen Union sind wichtig. Aber nicht allein die Nationen haben ihre Bedeutung, sondern auch die Regionen, in Deutschland die sechzehn Länder und die Kommunen, Städte, Gemeinden, Landkreise. Sie tragen Verantwortung und müssen ihre Selbstverwaltung wahrnehmen können.

Im Deutschen gibt es den schönen Begriff der Heimat. Er hat sehr viel Emotionales. Heimat, also wo wir zu Hause sind, wo unsere Familie ist, wo unsere Freunde sind, wo man sich wohl fühlt, wo man die eigene Sprache spricht. Wer aber nur seine Heimat sieht, der wird sie nicht schützen können. Wenn

jemand die eigene Nation über alle Nationen stellt, dann führt das zum Nationalismus – und Nationalismus führt zum Krieg. Und wer sich nur als Europäer empfindet, der hat keine Wurzeln. Deswegen gehört das alles zusammen: Heimat, Vaterland, Europa.

Wenn wir dies in unserem Bewusstsein tragen, bin ich zuversichtlich, dass wir unter freiheitlichen, demokratischen und friedlichen Bedingungen unseren Weg gut durch das 21. Jahrhundert finden werden.

Dies wünsche ich Ungarn! Dies wünsche ich Deutschland! Dies wünsche ich uns Allen!

Herzlichen Dank!



*Dr. Gerhard Wahlers, Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering, Klára Antall, die Witwe von Ministerpräsident Dr. József Antall, Prof. Dr. András Masát, Frank Spengler (v.l.)*



Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen und Vorsitzender der Stiftung Union für ein Bürgerliches Ungarn

### REDE VON ZOLTÁN BALOG, MINISTER FÜR HUMANRESSOURCEN UND VORSITZENDER DER STIFTUNG UNION FÜR EIN BÜRGERLICHES UNGARN

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Frau Antall, meine Damen und Herren,

mein erstes Wort soll der Zusammenarbeit der Andrásy Universität von Budapest und der Konrad-Adenauer-Stiftung gewidmet sein. Ich erinnere mich, ungefähr vor zehn Jahren haben wir in diesem Raum mit dem Vertreter der Adenauer-Stiftung in Budapest eine Pressekonzferenz abgehalten, in der wir das aus Deutschland übernommene Stiftungssystem bekannt gemacht haben. In Anwesenheit der Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung haben wir die Gründung der ungarischen FIDESZ-Stiftung „Für ein bürgerliches Ungarn“ bekannt gegeben – für uns ist dies also ein historischer Ort. Wir werden nächste Woche einen Gesetzesentwurf einreichen, welcher der Andrásy Universität einen Sonderstatus im ungarischen Universitätssystem verleiht. Das bedeutet, dass wir berechtigt sein werden, auch Sonderunterstützungen und Sonderzuschüsse an die Universität zu geben. Ich glaube, dies ist sowohl für die Adenauer-Stiftung als auch für die Universität von großer Bedeutung: Denn so eine Zusammenarbeit, wie die Zusammenarbeit einer politischen Stiftung und der einzigen deutschsprachigen



### STIFTUNG UNION FÜR EIN BÜRGERLICHES UNGARN

*Ungarn hatte durch die Entscheidung seines Parlaments 2003 in der mittel- und osteuropäischen Region als erstes Land, dem deutschen Beispiel folgend, durch den Staatshaushalt finanzierte Parteistiftungen eingeführt. Die Parteistiftung der bürgerlichen Partei FIDESZ wurde die Union für ein Bürgerliches Ungarn. Die Grundlage ihrer Arbeit ist die politische Bildung, in diesem Rahmen haben mehrere tausend Kommunalabgeordnete an ihren staatlich akkreditierten Fortbildungskursen teilgenommen. Durch die Ausschreibungen der Stiftung für den zivilen Sektor und ihre Romaintegrationsprojekte, den Wirtschaftsclub, die jährlichen Preisverleihungen und das Programm für Auszubildende ist sie mit vielen Segmenten der Gesellschaft verbunden.*

Universität außerhalb des deutschen Sprachraumes, nützt uns allen.

Zu den aktuellen Gegebenheiten darf ich mich auch kurz äußern: In der vergangenen Woche fand in unserer kleinen Kirche einen Gesprächsabend mit einem evangelisch-reformierten Bischof und einem Philosophen zum Thema „Ungarn und der Rest der Welt“ statt. Der Titel war natürlich etwas ironisch, vielleicht auch selbstironisch gemeint. Doch nicht nur die Politiker, sondern jeder, der in Ungarn aufmerksam Zeitung liest und die Ereignisse verfolgt, lebt damit, dass sich Ungarn inmitten eines Streites, inmitten einer Diskussion, befindet. Wir können uns davon nicht freimachen. Und das sollten wir auch nicht unbedingt. Wie man es formuliert – ob Streit, Diskussion oder sogar Angriff – ist meiner Meinung nach zweitrangig. Es geht nicht nur um die Befindlichkeiten Ungarns, sondern auch um die Befindlichkeiten Europas; und diese Fragen sind in aller Munde. Die Fragen drehen sich darum, inwieweit es tatsächlich demokratisch ist, wie Ungarn heute regiert wird. Es wird in Frage gestellt, ob man überhaupt so regieren darf. Eine viel wichtigere Frage ist dann aber für mich: Inwieweit ist dieser Regierungsstil tauglich, inwieweit nützt er diesem Land? Und darauf gibt es drei unterschiedliche Antworten. Eine Meinung lautet eindeutig, dass es antidemokratisch sei, was hier läuft. Es sei ein immer größer werdendes Demokratiedefizit festzustellen. Deshalb seien die europäischen Institutionen aufgerufen, sich gegen die antidemokratische Strömung im Land zu stellen und Ungarn zu verteidigen





*Dr. Hans-Gert  
Pöttering beim  
Empfang durch  
Staatspräsident  
Dr. János Áder*

– zum Teil also Ungarn gegenüber sich selbst zu verteidigen.

Die zweite Meinung besagt, und jetzt versuche ich natürlich extreme Positionen zu typologisieren: Das ist eine Verschwörung, und wir in Ungarn leiden immer unter Verschwörungen von außen. Der heutige Präsident des Parlaments hat zu seiner Zeit als Oppositionspolitiker einmal gesagt, dass Verschwörungstheorien in Ungarn einfach dazu gehören. Und dass diese in unserem Land zu den Überlebenskompetenzen gehören. Da ist auch etwas dran. Aber auch wenn es Verschwörungen gibt, sollten wir uns von diesen freimachen und fragen: Wo liegt der Kern dieses Streits, dieser Diskussion? Ist es wirklich nur die Zweidrittelmehrheit, die nun einmal das Rechtsmitte-Partei Bündnis erlangt hat, oder spielen wirtschaftliche oder politische Interessen eine Rolle? Ist es etwa einfach ein parteipolitischer Streit zwischen links und rechts? Das ist die andere Möglichkeit, darüber nachzudenken.

Ich würde sagen – und damit möchte ich auch unseren Ehrengast würdigen – es ist ein europäischer Streit. Und daran sind wir interessiert. An einer Diskussion in Europa über Fragen, die nicht nur die Zukunft Ungarns, sondern die Zukunft ganz Europas betreffen. Deshalb gefallen mir der Titel dieses Vortrages und dieser kleinen Konferenz. Denn es geht nicht nur um die Zukunft von Ungarn, sondern es geht um unsere gemeinsame Zukunft in Europa, wie Sie, Herr Spengler, bereits gesagt haben: Uns liegt sehr viel daran, dass der Streit und die Diskussion und die Auseinandersetzung, die zum Teil in Ungarn, zum Teil aber auch außerhalb Ungarns und über die Köpfe der Ungarn hinweg stattfinden, als europäischer Streit und europäische Diskussion geführt werden.

Da ich ja nur ein Grußwort und keinen Vortrag zu halten habe, bin ich jetzt etwas plakativ: Wir gehen davon aus – und ich denke zwei Drittel der Wähler gingen vor drei Jahren davon aus – dass es so nicht weitergehen kann. Es geht so nicht weiter: weder politisch, noch öko-

nomisch, sozialpolitisch, wirtschaftspolitisch und selbst kulturell vielleicht auch nicht: Es geht so nicht weiter wie in den letzten dreiundzwanzig Jahren davor. Und da sind alle Regierungen inbegriffen, auch unsere erste Regierung. Ich würde behaupten, dass auch Europa vor Zukunftsfragen steht, und die Antworten sind noch nicht gegeben. Wir betrachten es daher nicht nur als faire Behandlung, sondern als fairen Streit und als faire Diskussion, wenn wir davon ausgehen, dass die Antworten auf die Zukunftsfragen ganz Europas und Ungarns bislang nicht gelöst sind. Wir sollten diese Antworten in gemeinsamen Diskussionen ausarbeiten, immer wieder besprechen und dann schauen, wo wir uns korrigieren müssen.

So geht es nicht weiter. Wir müssen uns mit der Wettbewerbsfähigkeit Europas auseinandersetzen. Mit Wettbewerbsfähigkeit meine ich nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft – die gemeinsame Wirtschaft und die einzelnen nationalen Wirtschaften, die miteinander in Konkurrenz stehen – sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kultur und der europäischen Werte. Wenn wir die europäischen Werte innerhalb Europas nicht ernst nehmen, können wir nicht erwarten, dass man sie außerhalb Europas ernst nimmt.

Also, wie geht es weiter?

An dieser Stelle möchte ich drei Themen ansprechen, die momentan mit Blick auf Ungarn diskutiert werden,





*Parlamentspräsident  
Dr. László Kövér  
und Dr. Hans-Gert  
Pöttering*



die aber genauso mit Blick auf Europa diskutiert werden sollten: Die erste Frage gilt der Zukunft der Familie. Sie ist die stärkste Einheit, auf der wir nicht nur die Wirtschaft, sondern unsere Kultur, unsere Identität und unsere Sozialpolitik aufbauen sollten.

Wir reden hier ganz klar über ein traditionelles Familienmodell in Europa, das die jüdisch-christliche Kultur stark gemacht hat. Wir sollten über unser Verständnis von Familie reden, denn diese Fragen sind auch in Deutschland und in ganz Europa aktuell. Denken Sie an Frankreich: an die jüngsten Diskussionen und an die Heftigkeit, mit der diese Fragen dort diskutiert werden. Im Vergleich mit Paris vor ein paar Wochen sind die Straßen von Budapest relativ friedlich. Das soll keine Kritik sein, sondern lediglich die Ernsthaftigkeit dieser Fragen unterstreichen. Wofür stehen wir, und wie wichtig sind diese Werte für eine faire Diskussion?

Die zweite Frage gilt dem Lastenausgleich: Unser Ministerpräsident spricht von einem Weg von der Welfare-Gesellschaft zur Workfare-Gesellschaft. Die Diskussionen kreisen darum, worauf wir unsere Wirtschaft aufbauen wollen – hauptsächlich auf Kapital oder auf Arbeit. Welche Rolle spielen die einzelnen Haushalte, welche Rolle spielt die Nationalökonomie, die internationale Ökonomie? Überhaupt: Wer soll die Lasten einer Gesellschaft tragen? Dabei spielen die Frage nach einem gerechten Steuersystem eine Rolle und die Frage, wie man Wirtschafts- und Sozial-Krisen managen kann. Welche Lasten soll die Wirtschaft tragen, wie viel soll das Bankensystem beisteuern, wie viel der Staat, und wie viel sollen die einzelnen Haushalte, die gesellschaftlichen Gruppen tragen? Das sind auch Fragen, die in Deutschland heiß diskutiert werden. Am Ende geht es dabei um die Rolle des Staates in unserer Gesellschaft.

In Ungarn riefen in der Zeit der sogenannten Wende alle nach einem schwachen Staat, weil wir den Staat während der Diktatur als zu stark empfanden und jeder meinte, zur Demokratie gehöre es, den Staat zu schwächen.

Und da, darin waren Viele einig, die Nutznießer des schwachen Staates waren und auch diejenigen, die noch die Angst und die Ablehnung über einen zu starken Staat in ihren Knochen gefühlt haben und noch sehen wir, wie ein schwacher Staat auch ein Spiel der parteipolitischen Macht geworden ist und wie wenig bereit in der Lage war, unser Dienstleistungssystem und überhaupt, was man als staatliches Dienstleistungssystem an die Bürger und Bürgerinnen bieten soll, das in Angriff zu nehmen und wirklich koordinieren, wirklich zu regeln und wirklich in der Hand zu behalten, damit es wieder wettbewerbsfähig bleibt und auch eine Entwicklung stattfindet, die aufzuhalten ist und nicht einfach dem Bach runtergeht.

Viele Ungarn spürten noch die Angst vor einem zu starken Staat und waren überzeugt, dass ein schwacher Staat ihnen mehr nutzen würde. Doch heute sehen wir, wie ein schwacher Staat auch Spielball parteipolitischer Machtkämpfe werden kann. Wir sehen außerdem, wie wenig der schwache Staat in der Lage sein kann, ein staatliches Dienstleistungssystem für seine Bürgerinnen und Bürger zu koordinieren, seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und eine Entwicklung zu garantieren – damit der Staat eben nicht einfach den Bach runtergeht.

Sie sehen: Wir führen hier tatsächlich eine harte Diskussion. Dazu abschließend noch ein Gedanke: Wir reden immer über die gemeinsamen Werte in Europa. Aber in den Diskussionen, die ich in Brüssel, Paris oder auch in Berlin geführt habe, wird einfach zu wenig über gemeinsame Werte gesprochen. Unsere Werte werden oft zu stark theoretisiert, sodass sich niemand mehr darunter etwas vorstellen kann. Daher müssen wir auch über unser Verständnis dieser Werte reden. Wie verstehen wir diese Werte und wie gelingt es uns, diese miteinander zu diskutieren? Für mich spielt dabei unsere gemeinsame Geschichte eine entscheidende Rolle. Und auf diesem Feld ist die Andrassy Universität sehr stark. Sie zeigt eben diese Wege immer wieder auf: wie wir zu unseren Wertevorstellungen kommen, welche Rolle



*Dr. Hans-Gert Pötering und Dr. Péter Kardinal Erdő*

die Geschichte eines Landes und das politische System spielen. Die Universität hilft uns zu verstehen, wie die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen mit ihrer kulturellen Identität diese Werte empfinden.

Ohne ein Verständnis der Geschichte Ungarns in den vergangenen sechzig Jahren kann man nicht verstehen, wie wir zu den gemeinsamen Werten kommen. Dasselbe gilt auch für Deutschland und für ganz Europa. Die Menschen haben immer noch einen ganz eigenen Zugang zu den Werten, abhängig davon, ob sie aus Ost oder West kommen. Diese verschiedenen Auffassungen sollten wir miteinander aufarbeiten.

Eine Wertediskussion ist also nur mit einem Verständnis füreinander und mit einem Verständnis für die Geschichte der verschiedenen Regionen Europas möglich. Wenn wir beispielsweise nach Mittelosteuropa und Zentraleuropa schauen, sehen wir eine interessante Einheit in Vielfalt. Diese Vielfalt kann zum Reichtum Europas beitragen, wenn die einzelnen Kräfte freigesetzt werden.

Um diese Diskussion führen zu können, brauchen wir mutige Frauen und Männer. Es gehört nämlich ein ge-

wisser Mut dazu, gegenüber einer oberflächlichen Politik die richtigen Fragen zu stellen. Wir sind sehr froh darüber, dass wir einen mutigen Mann heute hier zu Gast haben: Wenn ich deinen Mut loben darf, lieber Hans-Gert, dann war es mutig, den Papst in das Europäische Parlament einzuladen. Es ist eine kleine Schande für Europa, dass es Mut erfordert, den Heiligen Vater einzuladen. Trotz aller Kritik hast du aber diesen Mut bewiesen. Dabei denke ich zum Beispiel an die Universität von Rom, wo viele Dozenten und Studenten der Ansicht waren, der Papst – als einer der größten Gelehrten Europas seiner Zeit – habe dort nichts zu suchen. Oder wenn ich daran denke, welche Menschen diesem großartigen Wissenschaftler und dieser moralischen Autorität im Bundestag den Rücken gekehrt haben. Es gehört Mut dazu, für christliche Werte in der europäischen Verfassung einzutreten. Denn diese christlichen Werte sind ein wichtiger Bestandteil im europäischen Wertesystem. Wir brauchen mutige Frauen und mutige Männer, damit wir eine mutige Diskussion führen können.

Dazu wünsche ich uns viel Glück und auch ein bisschen Spaß.

Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit.



*Tobias Winkler,  
Dr. Gergely Gulyás  
MdnV, Katalin  
Novák, Zoltán Balog,  
Dr. Hans-Gert Pöte-  
ring, Außenminister  
János Martonyi,  
Dr. Gerhard Wahlers,  
Frank Spengler,  
Christian Calderone  
MdL (v.l.)*



## DR. HANS-GERT PÖTTERING MIT GROSSKREUZ DES VERDIENSTORDENS VON UNGARN AUSGEZEICHNET

*Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering, hat während seines Besuchs in Budapest das Großkreuz des Verdienstordens von Dr. Viktor Orbán überreicht bekommen. In seiner Rede dankte der Ministerpräsident dem Vorsitzenden für seine Verdienste um Ungarn. Bei der Ordensüber-*

*gabe waren unter anderem hochrangige Vertreter der Regierung, Europaabgeordnete und der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Matei I. Hoffmann anwesend. Das Großkreuz des Verdienstordens von Ungarn ist die höchste Auszeichnung, die das Land an ausländische Staatsbürger vergibt.*

### REDE VON MINISTERPRÄSIDENT DR. VIKTOR ORBÁN ANLÄSSLICH DER EHRUNG VON HANS-GERT PÖTTERING

*30. April 2013 Budapest*

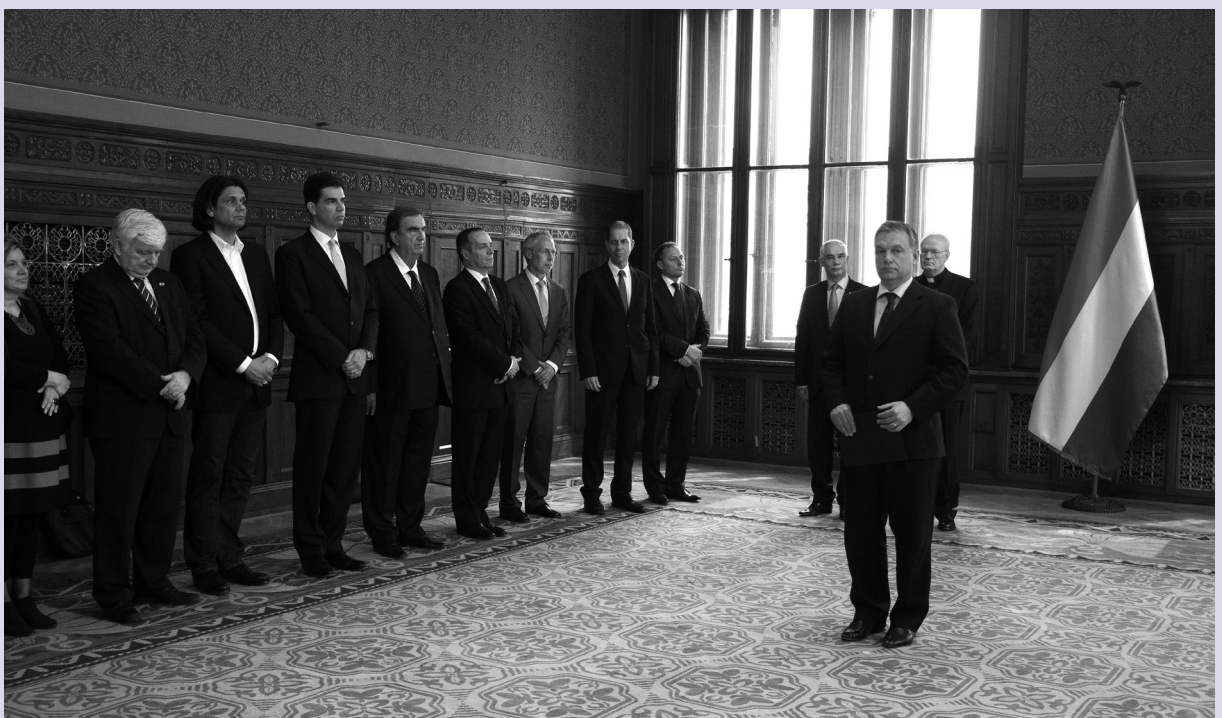
Sehr geehrter Herr Vorsitzender Pöttering! Herr Kardinal, Eminenz! Exzellenzen, meine Damen und Herren! Liebe Freunde!

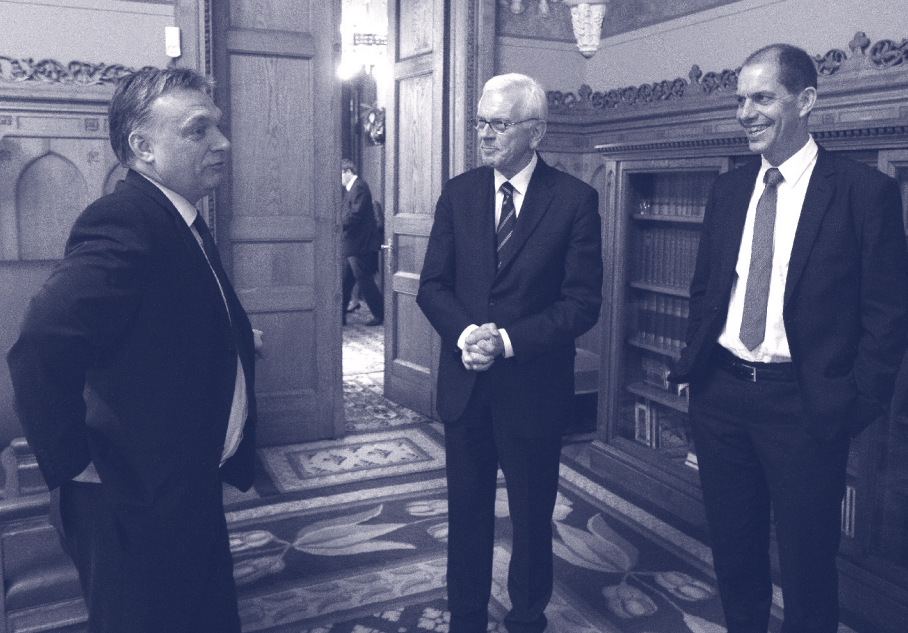
Ich saß noch in der Schulbank des Gymnasiums, als Hans-Gert Pöttering bereits Abgeordneter des Europäischen Parlaments war. Er engagierte sich schon damals für den alten Traum der Völker Europas, ein Europa der Nationen zu haben, wo zwischen den einzelnen Ländern weder die Politik, noch die wirtschaftlichen Unterschiede einen eisernen Vorhang einrichten können. Ein Europa, in dem es keine erst- und zweitrangigen

Bürger gibt, in dem die in Minderheit geratenen Nationen ihre kulturelle Identität behalten können, in dem die Würde des Menschen, die Rechtsstaatlichkeit und die Solidarität keine leeren Phrasen sind und in dem es möglich ist, das Interesse des Einzelnen mit denen der Allgemeinheit zu vereinbaren.

Verehrte Damen und Herren!

Hans-Gert Pöttering ist eine außerordentliche Person. Ein außerordentlicher Mensch, dessen gesamte bisherige Laufbahn der Schaffung des vereinten Europas gewidmet war. Ein Mensch, der sich von Anfang an für die Sache des einheitlichen Europas der Nationen einsetzte. Wir Ungarn betrachten es als vom Schicksal bestimmt, dass heute gerade er der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Fortführer des





Erbes von Konrad Adenauer ist. Hans-Gert Pöttering erkannte, dass es lediglich einen einzigen Faden gibt, aus dem die Fahne der Europäischen Union gewebt werden kann. Und dieser Faden ist das Wertesystem des Christentums, welches die gemeinsame Tradition der Nationen Europas ist. Herr Pöttering sagte folgendes: „Der Kern Europas ist die Würde des Menschen, die Freiheit und das christliche Menschenbild, das die Verantwortung für uns selbst und für unsere Gemeinschaften betont. Europa hat keine Zukunft, wenn all das – also Europa – lediglich auf die Finanzen und die Wirtschaft beschränkt wird.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dies wäre schon allein Grund genug, um ihm das Großkreuz zu verleihen, wir haben aber noch mehrere Gründe dafür. Wir Ungarn sind Herrn Pöttering dankbar. Der Herr Vorsitzende hat alles dafür getan, dass Ungarn endlich wieder zum Mitglied jener Gemeinschaft der Völker Europas wurde, mit der es durch seine tausendjährige Geschichte verbunden war. „Glück zu haben, darf man nicht alleine dem Glück überlassen“ – heißt es in einem deutschen Spruch. Wenn das unser ungarischer Verstand richtig interpretiert, dann bedeutet das, dass wir selbst für den Erfolg verantwortlich sind, und trotz aller falschen Illusion müssen wir hart für unser Glück arbeiten. Das wissen die Deutschen ganz genau, sie sind nie zu scheu, etwas

für das eigene Wohlergehen zu tun, und das vertritt und lehrt uns mit seinem Leben und seiner Tätigkeit auch Hans-Gert Pöttering.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wir Ungarn haben aber im Laufe unserer Geschichte auch eine andere Weisheit gelernt und wissen es ganz genau, dass Sachen eine Vorder- und eine Kehrseite haben. Trotzdem neigen wir dazu, manchmal nur die eine Seite zu sehen. 2004, in der Euphorie des Beitritts hätten nur wenige gedacht, dass das gemeinsame Europa auch eine Kehrseite haben kann. Und jetzt, in den Turbulenzen der europäischen Krise, können viele nur noch diese Seite sehen, und vergessen, dass es auch eine Vorderseite gibt. Aber gerade Hans-Gert Pöttering hat uns gelehrt, dass Pessimisten nicht siegen können. Ich zitiere ihn: „Wir müssen optimistisch sein. Als Christ würde ich sagen, dass Hoffnung und Zuversicht Teil unseres Lebens sind.“

Verehrter Herr Vorsitzender!

Wir schätzen Ihre Tätigkeit hoch und hoffen, dass wir mit Ihnen in der Stärkung der Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland auch in der Zukunft rechnen können – und jetzt übergebe ich Ihnen das Großkreuz Ungarns, zu dem ich als Erster herzlich gratuliere!

*Dr. Hans-Gert Pöttering erhält das Großkreuz des Verdienstordens von Ungarn aus den Händen von Ministerpräsident Dr. Viktor Orbán.*







## DIE AKTIVITÄTEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN UNGARN

Die Stiftung leistet einen Beitrag zur Konsolidierung der demokratischen Entwicklung im Lande, fördert die Prinzipien einer sozial- und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und unterstützt Projekte zur Integration des Landes in die europäischen, atlantischen und internationalen Strukturen. Neben der Förderung eines wertorientierten europäischen Bewusstseins und der aktiven Teilhabe der Zivilgesellschaft an demokratischen Prozessen verfolgt die Konrad-Adenauer-Stiftung auch das Ziel, eine verantwortete Erinnerungskultur aufzubauen. Darüber hinaus stehen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und zunehmend auch die ungarischen Überlegungen zur Nachhaltigkeit (u.a. Umwelt, Klima, Energie) im Mittelpunkt der Projektarbeit.

Die Werte einer parlamentarischen Demokratie und die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sollen in breiten Bevölkerungskreisen nachhaltig Akzeptanz finden. Möglichst viele Menschen, insbesondere Frauen und junge Leute, sollen zur aktiven Mitarbeit in der Politik gewonnen und als Kandidaten bzw. Mandatsträger für öffentliche Aufgaben geschult werden.

Der bilaterale Wissenstransfer und personenorientierte Dialogmaßnahmen prägen das Instrumentarium des Auslandsbüros. Die Stiftung bietet verstärkt auch Plattformen für einen regionalen Gedankenaustausch an. Die wichtigsten Bildungsmaßnahmen sind Fachkonferenzen, Symposien, Vortragsveranstaltungen, Rundtischgespräche, Seminare und Workshops. Ferner stellt die KAS ein umfangreiches Angebot an politischen und fachspezifischen Publikationen zur Verfügung. Daneben vergibt das Auslandsbüro seit 2011 Stipendien für ein Studium an der deutschsprachigen Andrassy Gyula Universität Budapest. Das Auslandsbüro pflegt auch einen engen Kontakt zu den vor Ort lebenden deutschen und ungarischen Altstipendiaten.

Wesentliches Merkmal der Aktivitäten der KAS ist die Zusammenarbeit mit den ungarischen Partnern auf gleicher Augenhöhe. Die Stiftung ermöglicht und befördert den politischen Dialog vor allem zu Sachthemen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen. Sie bietet dabei ihr internationales Netzwerk unterstützend an.

Die Stiftung arbeitet eng und partnerschaftlich mit den beiden ungarischen EVP-Parteien FIDESZ Ungarische Bürgerliche Union und Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) zusammen – vor allem auch mit deren Politischen Stiftungen Union für ein Bürgerliches Ungarn (SZPMA) und der Barankovics István Stiftung (BIA). Weitere wichtige Partner der KAS sind: die Andrassy Gyula Universität Budapest, das Museum Haus des Terrors, das Robert Schuman Institut, der Verband der ungarischen Selbstverwaltungen, der Arbeitskreis Verbrechen des Kommunismus der KDNP, das Ungarische Institut für Internationale Beziehungen, das Institut Nézőpont, die Stiftung Századvég, sowie ungarische Städte und Gemeinden (z.B. Sopron).



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Ungarn  
Batthyány u. 49  
1015 Budapest

### Text

Bence Bauer  
Mark Alexander Friedrich

### Beiträge

Dr. Hans-Gert Pöttering  
Zoltán Balog  
Dr. Viktor Orbán

### Redaktion

Frank Spengler  
Bence Bauer  
Julia Steffenfauseweh

### Fotos

Balázs Szecsődi

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Budapest

ISBN: 978-963-08-6722-1

[www.kas.de/ungarn](http://www.kas.de/ungarn)